

Griechenland

HEINZ-JÜRGEN AXT

Erklärtes Ziel der Regierung Papandreou ist es, die Schaffung des EG-Binnenmarktes bis 1992 zu unterstützen und die griechische Volkswirtschaft auf die damit verbundene Herausforderung vorzubereiten. Wie notwendig dies ist, hat der Beitritt Griechenlands zur EG gezeigt: Die Importe aus den EG-Ländern stiegen massiv an, ohne daß zunehmende Exporte für einen Ausgleich gesorgt hätten¹. Die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Anbieter erwies sich auf den internationalen Märkten als zu gering. Wenn die griechische Wirtschaft unter den Bedingungen des EG-Binnenmarktes bestehen soll, dann bedarf es einer Wirtschaftspolitik, die konsequent eine Stabilisierung und Anhebung der Wettbewerbsfähigkeit verfolgt. Wirtschaftsminister Simitis hatte – bei hohen sozialen Kosten – eine solche Politik verfolgt, bis er am 25. November 1987 angesichts ständig schärfer werdender Kritik aus den Reihen der Regierungspartei, gewerkschaftlicher Streikdrohungen und einer plötzlichen, wahltaktisch motivierten Kehrtwendung von Andreas Papandreou resignierte und von seinem Amt zurücktrat. Das politische Geschehen wurde in Griechenland bereits 1987 von den spätestens im Sommer 1989, vielleicht auch früher stattfindenden nationalen Parlamentswahlen geprägt.

Simitis war der Architekt eines im Oktober 1985 in Kraft gesetzten Stabilitätsprogramms, dessen Wurzeln sich freilich bis Ende 1982 zurückverfolgen lassen, als die PASOK-Regierung ihre nachfrageorientierte Politik zugunsten eines faktischen Lohnstopps aufgab². Die Bilanz der Sparpolitik von Simitis kann sich durchaus sehen lassen: Die Inflation wurde von 25% im Jahre 1985 auf 17% 1986 zurückgeführt, das griechische Leistungsbilanzdefizit wurde reduziert, die Devisenreserven stiegen von 500 Mio. Dollar 1986 auf 2,8 Mrd. Dollar 1987 an, der Anstieg der Auslandsschulden konnte gebremst werden, und der Anteil des öffentlichen Defizits am Bruttosozialprodukt fiel von 9,8% 1985 auf 4,3% 1987. Simitis genoß das Vertrauen der heimischen Wirtschaft wie der internationalen Organisationen. Erkauft wurden diese Erfolge vor allem durch das Einfrieren der Löhne: Der Reallohnverlust betrug 1987 gegenüber Oktober 1985 ca. 10–15%. Die Sparpolitik wurde auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen. Die Unternehmerrgewinne sind 1986 gegenüber dem Vorjahr um 50% gestiegen³.

Als neuer Wirtschaftsminister kündigte Panayotis Roumeliotis im Januar 1988 eine Politik der „Anafermansis“, des Anheizens an, bei der Lohnerhöhungen zwischen 12 und 16% vorgesehen sind⁴. Daß dieser wirtschaftspolitische „Zick-

zackkurs“⁴⁵ die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands verbessern und die griechische Wirtschaft für den EG-Binnenmarkt „fit machen“ wird, so wie es die griechische Regierung und die Opposition gleichermaßen erreichen wollen, ist freilich zu bezweifeln.

Die innenpolitische Szene zeigte 1987 in Griechenland eine Regierungspartei, die bei den Kommunalwahlen im Vorjahr einen deutlichen Dämpfer bekam. In Athen, Piräus und Saloniki verlor die PASOK die Bürgermeisterposten an Kandidaten der Neuen Demokratie⁴⁶. Zwei Regierungsumbildungen, die Ankündigung zur Rücknahme restriktiver Streikbestimmungen und zunehmende innerparteiliche Auseinandersetzungen, bei denen sich die rivalisierenden Gruppen auch gegenseitig Skandale und Fälle von Korruption vorwarfen, waren die Folge. Die regierungsfreundliche „Ethnos“⁴⁷ rechnete am 11. 5. 87 für den Zeitraum von Juni 1986 bis Mai 1987 26 solcher Skandale vor. Zum Vorteil der regierenden Sozialisten präsentiert sich die oppositionelle Neue Demokratie trotz einiger Erfolge bei den Kommunalwahlen und bei den Wahlen in den Universitäten und den Agrargenossenschaften noch nicht als hinreichend attraktive Alternative. Auch in der den Konservativen freundlich gesonnenen Presse wird der Parteiführer Mitsotakis kritisiert⁴⁸. Die Parteiaustritte von Stephanopoulos und Rallis verweisen auf die noch immer bedeutsamen persönlichen Fehden in der Partei. Trotz des auf dem letzten Parteikongreß im Mai 1987 demonstrativ herausgestellten Einverständnisses mit dem Reformkurs in der UdSSR verschläft die griechische Kommunistische Partei (KKE), nach der Neuen Demokratie die stärkste Opposition im Lande, auch weiterhin die Herausforderung der Öffnungspolitik von Gorbatschow⁴⁹.

Von der Konfrontation zur Entspannung mit der Türkei?

Die Haltung zur Türkei durchdringt die gesamte griechische Außen- und Europapolitik. Oftmals erscheint die griechische Politik gegenüber der NATO, den USA oder der EG wie eine abgeleitete Funktion der Türkeipolitik. Das beharrliche Streben der griechischen Regierung, in der Auseinandersetzung mit der Türkei die Politik der EG zugunsten Griechenlands zu beeinflussen, hat die EG im östlichen Mittelmeer weitgehend handlungsunfähig gemacht, weil die Gemeinschaft den Eindruck einer einseitigen Parteinahme vermeiden möchte. Da muß man gerade aus der EG-Perspektive aufhorchen, wenn sich nunmehr Tendenzen zur Entspannung des griechisch-türkischen Konflikts anzubahnen scheinen. Sichtbarer Ausdruck dieser Entwicklung waren die Treffen zwischen dem türkischen Premierminister Özal und seinem griechischen Kollegen Papandreu am 30. und 31. Januar 1988 in Davos.

Noch im März 1987 standen Griechenland und die Türkei am Rande einer kriegesischen Auseinandersetzung in der Ägäis. Nach der Ankündigung eines für Griechenland tätigen multinationalen Konsortiums, künftig auch außerhalb griechischer Territorialgewässer nach Öl zu suchen, verließen zwei türkische Forschungsschiffe, zuerst die „Piri Reis“ und dann die „Sismik“, jeweils begleitet

von Kriegsschiffen, ihre Heimathäfen, um in der Ägäis die türkischen Ansprüche auf den Festlandsockel und die Territorialgewässer geltend zu machen. Die „Türkische Erdölgesellschaft“ erhielt die Lizenz, außerhalb nationaler Gewässer nach Öl zu suchen. Die griechische Armee wurde in Alarmbereitschaft versetzt, alle verfügbaren Kriegsschiffe begaben sich auf See. Vermittlungsversuche des NATO-Generalsekretärs Lord Carrington und der belgischen EG-Präsidentschaft blieben erfolglos¹⁰. Am 28. 3. 1987 war in Griechenland noch immer Krisenstimmung, Hamsterkäufe wurden getätigt¹¹. Als die auf griechischer Seite tätige Erdölgesellschaft den Verzicht auf die angekündigten Bohrungen bekanntgab¹², erklärte Ankara am 29. 3. die Krise für beendet. Am gleichen Tag übergab Papandreou dem türkischen Botschafter eine Botschaft an Özal. Der folgende Briefwechsel, dessen Inhalt geheimgehalten werden konnte, was in der Geschichte der griechisch-türkischen Beziehungen durchaus unüblich ist, ebnete den Weg nach Davos.

Aus EG-Sicht ist bemerkenswert, daß die griechische Regierung die EG-Partner lediglich im Vorfeld der eigentlichen Krise informierte, als die „Piri Reis“ noch in der Ägäis kreuzte. Danach sind keine Initiativen der griechischen Regierung im EG- und vor allem im EPZ-Kontext bekannt. Dafür reiste der griechische Außenminister auf dem Höhepunkt der Krise am 27. 3. 1987 nach Sofia, um die bulgarische Regierung zu informieren¹³. Die jugoslawische Regierung wurde gleichzeitig unterrichtet, einen Tag später auch die Athener Botschafter der Warschauer-Pakt-Staaten und der Länder der islamischen Konferenz. Erst danach wurden die Botschafter der NATO-Länder durch den stellvertretenden Außenminister Kapsis informiert. Während die Türkei die Vermittlungsbemühungen der NATO offiziell begrüßte, lehnte Athen diese mit der Begründung ab, die NATO und die USA seien für die Entstehung der Ägäis-Krise mitverantwortlich, weil sie die Türkei militärisch unterstützen¹⁴. Ankara präsentierte sich als der loyale und auf Ausgleich bedachte NATO-Partner und Athen als der Einzelgänger im westlichen Bündnis.

Das in Davos vereinbarte Kommuniqué läßt zwar den guten Willen beider Seiten erkennen, bleibt aber sehr allgemein. Vertrauensbildende Maßnahmen sollen eingeleitet, und – gemäß türkischem Wunsch – die ökonomische Kooperation vertieft werden. Zwei Komitees wurden eingerichtet¹⁵. Mittlerweile hat die türkische Seite auch zumindest teilweise einer griechischen Forderung entsprochen und die Aufhebung einer Verordnung aus dem Jahre 1964 angekündigt, die griechischstämmigen Bürgern u. a. die Veräußerung ihres Haus- und Grundbesitzes in der Türkei untersagte¹⁶. Mit der mittlerweile erfolgten Unterzeichnung des Protokolls zum Assoziationsvertrag der EG mit der Türkei und mit der noch ausstehenden Rücknahme des Vetos gegen die Freigabe des 4. Finanzprotokolls der EG für die Türkei mit 1,5 Mrd. DM hat es Griechenland nunmehr in der Hand, das Verhältnis zur Türkei zu entspannen.

Daß die Begegnung in Davos überhaupt möglich wurde, hat mehrere Gründe: Die Türkei will das griechische Veto gegen einen türkischen Beitritt zur EG aus

dem Weg räumen und dürfte daher auch zu Zugeständnissen an die griechische Seite bereit sein. Papandreou hat erkennen müssen, daß seine Vorbedingungen für einen Dialog mit der Türkei – erst der Abzug der türkischen Truppen von Zypern sowie die türkische Anerkennung des Status quo in der Ägäis und dann erst miteinander verhandeln – die griechische Politik in die Sackgasse geführt und handlungsunfähig gemacht hat. Angesichts der näherrückenden Wahlen ist es für Papandreou opportun, sich als Friedensstifter präsentieren zu können. Die Reaktionen in der griechischen Öffentlichkeit waren denn auch entsprechend positiv. Kritik gab es nur von einem „patriotischen Flügel“ in der PASOK um Michalis Charalambidis¹⁷ und von einigen Vertretern der Neuen Demokratie¹⁸. Von dieser Seite hat Papandreou allerdings bei künftigen Verhandlungen mit der Türkei keinen ernsthaften Widerstand zu erwarten, hat doch die konservative Opposition schon früher den Dialog mit der Türkei befürwortet.

Erwähnenswert ist schließlich, daß die von Athen geförderte Zusammenarbeit der Staaten auf dem Balkan mit der Balkankonferenz vom Februar 1988 in Belgrad ein Stück vorangekommen ist¹⁹, ohne daß dort allerdings der griechische Plan zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Balkan behandelt wurde²⁰. Das Verhältnis zu den USA entspannte sich insgesamt und war nur zeitweise belastet durch den amerikanischen Vorwurf, daß Griechenland mit Terroristen zusammenarbeite²¹, und durch den Brief von Gorbatschow an die Athener Regierung, in dem die Schließung der US-Militärstützpunkte befürwortet wurde²².

Neues Interesse für die EG

Mit einiger Verzögerung ratifizierte das griechische Parlament am 14. Januar 1987 mit den Stimmen der regierenden Sozialisten und oppositionellen Neuen Demokraten und gegen die Stimmen der griechischen Kommunisten die Einheitliche Europäische Akte (EEA)²³. Der für EG-Fragen zuständige stellvertretende griechische Außenminister Pangalos würdigte die EEA im Athener Parlament als den Wunsch der europäischen Völker, eine „neue politische Einheit“ zu schaffen, die sich von den Supermächten ebenso wie von den Ländern der Dritten Welt abhebt. Relativiert wurde diese Zustimmung zur Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft freilich durch den Hinweis, daß die EEA keine „Opfer an nationalen Aspirationen“ verlange²⁴. Außenminister Papoulias unterstrich später, daß Griechenland „alles unternehmen“ werde, um seine Wirtschaft bis 1992 auf den gemäß der EEA zu schaffenden großen Binnenmarkt der EG vorzubereiten. Sein Land werde sich in den EG-Gremien für Fortschritte auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration einsetzen. Allerdings – und damit kommt eine Grundforderung griechischer EG-Politik zum Ausdruck – müßten zu diesem Zweck die Volkswirtschaften der ärmeren Gemeinschaftsländer an das Niveau der zentraleuropäischen Länder herangeführt werden. Unter diesen Umständen könne der Binnenmarkt für die griechischen Exporte und die Entwicklung der Leichtindustrie Impulse geben²⁵. Unterstützt wurde diese Haltung auch von Grigoris Varfis, dem griechischen Mitglied der EG-Kommission, der die

Vorstellung eines „Europas der zwei Geschwindigkeiten“ mit der EEA für unvereinbar erklärte²⁶.

Der wirtschaftliche und soziale Zusammenhalt ist für die griechische Regierung die Voraussetzung dafür, daß die mit der Schaffung des Binnenmarktes verbundenen Belastungen für Griechenland überhaupt verkraftbar erscheinen²⁷. Besonders deutlich wird dies an der Haltung Griechenlands zum „Delors-Paket“. Richtungsweisend der Titel eines von der griechischen Regierung dazu erstellten Memorandums: „Die ökonomische und soziale Kohäsion der Gemeinschaft stärken“. Bemerkenswert der Unterschied zum griechischen EG-Memorandum von 1982, das nicht nur (vornehmlich aus innenpolitischen Gründen) mit der Drohung des EG-Austritts spielte, sondern auch wenig Interesse an der Weiterentwicklung der EG zeigte²⁸.

Nach Auffassung von Pangalos ist das Delors-Paket ein „befriedigender Kompromiß“. Weil die Durchsetzung der EEA und die Schaffung des Binnenmarkts in den weniger entwickelten EG-Ländern Probleme schaffen könnte, enthält das griechische Memorandum etliche Vorschläge, wie dem zu begegnen sei: Die Verdoppelung der Strukturfonds bis 1992 wird als „Minimum“ angesehen. Beim Sozialfonds sollen Interventionsraten für Länder und Regionen festgelegt werden. Bei der Durchsetzung des Binnenmarktes soll den weniger entwickelten Gemeinschaftsländern bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ein Vorrang eingeräumt und soll mit EG-Mitteln der Aufbau nationaler – wohlgemerkt: nicht gemeinschaftlicher – Rüstungsindustrien gefördert werden. Bei der Kapitalliberalisierung sollen zeitlich begrenzte Sonderregelungen für Länder wie Griechenland gestattet sein. Mit Gemeinschaftsmitteln soll die Modernisierung der Klein- und Mittelindustrien vorangebracht werden.

Das Ergebnis des Brüsseler Sondergipfels vom Februar 1988 wurde als Anerkennung des Delors-Pakets von griechischer Seite positiv gewürdigt. Nach Papandreou war der Gipfel ein Erfolg für Europa wie auch für Griechenland. Es sei positiv, daß Griechenland die EG-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 1988 zu einem Zeitpunkt übernehme, da sich in der Gemeinschaft „starke Zeichen der Konvergenz“ zeigten, und sich Reagan und Gorbatschow in Moskau trafen. Nur einmal habe Papandreou ein Veto gegen die Beschlüsse erwogen, als sich Margaret Thatcher gegen Maßnahmen für Kleinbauern ausgesprochen habe. Nachdem sie ihre Vorbehalte zurückgezogen habe, hätte es keinen Grund mehr für griechische Reserven gegeben²⁹.

Im Februar 1987 wurde Griechenland von der EG die zweite Tranche des Zahlungsbilanzkredits in Höhe von 875 Mio. ECU ausgezahlt, nachdem die Regierung die Einhaltung der Kreditauflagen zugesagt hatte. Das Bardepot bei Importen sowie bestimmte nicht EG-konforme Exportpraktiken waren zu beseitigen³⁰. Nach Kreta, Westgriechenland und dem Peloponnes hat die EG-Kommission im Juli 1987 ein Integriertes Mittelmeerprogramm (IMP) für Nordgriechenland mit 411 Mio. ECU von der Gemeinschaft und 268,5 Mio. ECU von den griechischen Behörden gebilligt. Damit erreichten die drei bislang genehmigten regionalen

IMP den Gesamtwert von 1797,8 Mio. ECU, wovon die EG 774,9 Mio. ECU beisteuert. Neben diesen Programmen wurde auch eine Förderungsmaßnahme im Bereich der Informatik beschlossen, zu der die EG 88 Mio. ECU zur Verfügung stellt³¹.

Zwar ist die Zahl der der Kommission gemeldeten griechischen Verstöße gegen das EG-Recht von 265 im Jahr 1984 auf 130 Fälle 1986 zurückgegangen³². In Griechenland ist aber die Zahl der Verstöße gegen die Wettbewerbsgesetze vergleichsweise höher als bei anderen EG-Ländern. Kritisiert wird vor allem die staatliche Beteiligung am Bankensystem, über die nicht nur die Kreditpolitik, sondern sogar die Lohnpolitik beeinflusst werden kann, sowie das Staatsmonopol auf dem Erdölmarkt, mit dem Importe gedrosselt, Benzinpreise auf einem hohen Niveau gehalten werden und die internationale Konkurrenz abgeblockt wird³³.

Im Bereich der außenpolitischen Kooperation waren 1987 keine bedeutsamen Alleingänge der griechischen Regierung zu verzeichnen. 1986 hatte sich Griechenland noch als einziges EG-Land gegen eine Verurteilung Syriens wegen seiner Verbindungen zu terroristischen Organisationen ausgesprochen. Im Mai 1987 konnte sich Pangalos nicht mit dem Vorschlag durchsetzen, daß die von Außenminister Tindemans geführte Nahost-Mission der EG auch den Kontakt zu Syrien aufnehmen solle³⁴. Die Ausweitung der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) auf die Sicherheitspolitik wurde von Pangalos befürwortet³⁵. Im April 1987 wurde bekannt, daß sich Griechenland um eine Aufnahme in die Westeuropäische Union bemühen wolle³⁶. Gerade gegen die Wiederbelebung der WEU und gegen eine engere sicherheitspolitische Zusammenarbeit im Rahmen der EG hatte sich Griechenland in den Jahren zuvor immer gewandt. Die griechisch-türkische Ägäis-Krise war in der EPZ offenbar kein Thema. Der griechische Außenminister Papoulias hielt vor seinen Kollegen am 4./5. April 1987 in Corsendonck lediglich eine Rede zum Thema³⁷. In der Frage einer türkischen EG-Mitgliedschaft ist die griechische Haltung unvermindert ablehnend³⁸. Griechenland hat sich sogar gegen die Weiterleitung des türkischen Beitrittsantrages an die Kommission gewandt³⁹. Im Gefolge der Gespräche von Davos und als Gegenleistung für türkische Zugeständnisse könnte sich allerdings die griechische Haltung durchaus ändern, so daß dann, wie der griechische Außenminister Papoulias richtig angemerkt hat, offenbar würde, wer im Zentrum Europas den türkischen Beitritt blockiert⁴⁰.

Bilanz

Mit dem Memorandum von 1987 wurde der EG-Fortschritt zum Programm der griechischen Regierung. Der Wert der EG wird nicht mehr ausschließlich an ihren Nettofinanzleistungen gemessen, so daß die „Financial Times“ am 25. 3. 1987 feststellte: „The socialist administration in Athens sees itself as a budding champion of reforms towards European Union advanced by the European Single Act.“ Begünstigt wurde diese Haltung durch die Installierung der integrierten Mittelmeerprogramme, die zweite Tranche des EG-Kredits und die Dis-

kussion um die Einheitliche Europäische Akte seit 1985. Griechenland, anfänglich noch zu den Kritikern der Vertiefung des Integrationsprozesses gehörend, ist mit der „Fahrkarte“ des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts noch auf den Zug der Einheitlichen Europäischen Akte aufgesprungen. Gegenüber früher, vor allem gegenüber dem griechischen EG-Memorandum von 1982, ist es durchaus neu, daß den regierenden Sozialisten nunmehr auch die Rolle des „champion of reforms“ in der EG für den heimischen Gebrauch geeignet scheint. Ob dies auch für die künftige EG-Politik maßgeblich sein wird, bleibt abzuwarten. Ansätze dazu sind vorhanden.

Anmerkungen

- 1 Siehe die ausführliche Analyse der Effekte sechsjähriger EG-Mitgliedschaft: Axt, Heinz-Jürgen: Griechenland in der Europäischen Gemeinschaft. Kosten und Nutzen nach sechsjähriger Mitgliedschaft, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 2 (1987) S. 169–187.
- 2 Einzelheiten in: Axt, Heinz-Jürgen: Die PASOK. Aufstieg und Wandel des verspäteten Sozialismus in Griechenland. Bonn 1985, S. 225 ff.
- 3 Vgl. VWD – Vereinigte Wirtschaftsdienste – v. 27. 10. 1987 und 27. 11. 1987, Neue Zürcher Zeitung v. 28. 11. 1987, Financial Times v. 29. 7. 1987.
- 4 Vgl. Frankfurter Rundschau v. 13. 1. 1988.
- 5 So Neue Zürcher Zeitung v. 28. 11. 1987.
- 6 Landesweit waren die PASOK-Verluste weniger gravierend. Vgl. Greece's Weekly v. 20. 10. 1986, S. 14 u. 20, v. 27. 10. 1986, S. 11. Zu den Wahlergebnissen im einzelnen vgl. die in Pontiki v. 21. 10. 1987 abgedruckten Karten mit den Ergebnissen in den einzelnen Wahlkreisen.
- 7 Vgl. Ethnos v. 11. 5. 1987 und Neue Zürcher Zeitung v. 15. 5. 1987.
- 8 Vgl. Greece's Weekly v. 1. 9. 1987, S. 4 und 23. 11. 1987, S. 31.
- 9 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 19. 5. 1987.
- 10 Vgl. The Times v. 30. 3. 1987.
- 11 Vgl. Bonner Generalanzeiger v. 30. 3. 1987.
- 12 Vgl. Financial Times v. 28. 3. 1987.
- 13 Im September 1986 hatten Griechenland und Bulgarien ein Freundschaftsabkommen vereinbart, das auch die gegenseitige Unterrichtung bei derartigen Vorfällen vorsieht. Zum Abkommen vgl. Europa-Archiv 12 (1987) S. D 341–D 342.
- 14 Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 31. 3. 1987.
- 15 Ein Komitee soll die Möglichkeiten zur Kooperation und eines die strittigen Fragen diskutieren. Eine direkte Telefonverbindung wird eingerichtet. Die beiden Premiers treffen sich mindestens einmal im Jahr, und die Botschafter der beiden Länder verstärken ihre Kontakte bei den internationalen Organisationen. Vgl. Abdruck des Communiqués in: Briefing (Ankara) v. 8. 2. 1988, S. 5. Im Wortlaut nicht ganz identisch, aber ohne gravierende inhaltliche Abweichung die Fassung des Communiqués in: Athena Magazine (Athen), No. 22, Januar–Februar 1988, S. 13.
- 16 Eine Wiedergutmachung für die „Vertreibung der Griechen aus Konstantinopel“, wie sie Papandreou im Interview mit dem Spiegel v. 6. 4. 1987, S. 147, forderte, hat die türkische Seite allerdings nicht in Aussicht gestellt. Zur türkischen Ankündigung vgl. Briefing v. 8. 2. 1988, S. 6; vgl. auch Greece's Weekly, 15. 2. 1988, S. 8 f.
- 17 Vgl. Eleftherotypia v. 4. 2. 1988. Ähnlich auch die Kritik des früheren Wirtschaftsministers Arsenis, vgl. Eleftherotypia v. 19. 2. 1988. Für viele PASOK-Anhänger kam die Kehrtwendung Papandreous offensichtlich so überraschend, daß sie sich diese Entwicklung nur als das Ergebnis einer US-Intervention vorstellen konnten. Vgl. Eleftherotypia v. 4. 2. 1988 und v. 25. 2. 1988.
- 18 Vgl. z. B. Vradini vom 11. 2. 1988.
- 19 Vgl. Süddeutsche Zeitung v. 29. 2. 1988.
- 20 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 30. 7. 1987.
- 21 Vgl. Neue Zürcher Zeitung v. 15. 8. 1987.
- 22 Vgl. The New York Times v. 15. 7. 1987.
- 23 Begründet wurde die Verzögerung der Ratifizierung mit der vorangegangenen und über-

- mäßig langdauernden Haushaltsdebatte im griechischen Parlament. Vgl. *Financial Times* v. 24. 12. 1986.
- 24 Vgl. *Europe* v. 16. 1. 1988, S. 3.
- 25 Vgl. *VWD* v. 26. 10. 1987, S. 3.
- 26 Vgl. *Greece's Weekly* v. 22. 12. 1986, S. 2.
- 27 Daß die mit dem Binnenmarkt verbundenen Belastungen für Griechenland nicht unterschätzt werden dürfen, läßt sich an den Auswirkungen der EG-Integration seit 1981 ablesen. Vgl. Axt, Heinz-Jürgen: Griechenland. Sechs Jahre EG-Mitgliedschaft, in: *EG-Magazin* 10 (1987), S. 14 f.
- 28 Vgl. Zusammenfassung des Memorandums von 1988 in: *Europe* v. 25. 6. 1987, S. 11 f. Zum Memorandum von 1982 vgl. Axt, Heinz-Jürgen, a. a. O. (Anm. 2), S. 255 ff.
- 29 Vgl. *Athena Magazine* (Athen), No. 22, Januar-Februar 1988, S. 9.
- 30 Britische Bedenken gegen die Freigabe des Kredits wurden durch die Versicherung Griechenlands ausgeräumt, jede Art von Dumping, insbesondere bei Zement, das Großbritannien moniert hatte, zu unterbinden. Vgl. *VWD* v. 10. 12. 1986, S. 4.
- 31 Vgl. *VWD* v. 31. 7. 1987, S. 8.
- 32 Vgl. *Financial Times* v. 6. 4. 1987, S. 17.
- 33 Vgl. *Handelsblatt* v. 19. 12. 1986, S. 12.
- 34 Vgl. *Europe* v. 25./26. 5. 1987, S. 3.
- 35 Vgl. *Europe* v. 23. 5. 1987, S. 4.
- 36 Vgl. *Financial Times* v. 6. 4. 1987.
- 37 Vgl. *Europe* v. 6./7. 4. 1987, S. 4.
- 38 Mit den unterschiedlichsten Argumenten; mit wirtschaftlichen ebenso wie mit politischen und auch mit der Versicherung, die Türkei habe kein europäisches Wertesystem. Staatspräsident Sartzetakis meinte gar, die EG werde eine „Art Aids“ befallen, wenn die Türkei die Mitgliedschaft erlange (*Frankfurter Rundschau* v. 26. 6. 1987).
- 39 Vgl. *Financial Times* v. 28. 4. 1987.
- 40 Vgl. *VWD* v. 26. 10. 1987.

Weiterführende Literatur

- Axt, Heinz-Jürgen: The costs and benefits of Greek EC membership, in: *Intereconomics*, 5 (Sept./Okt. 1987), S. 249–257.
- Clogg, Richard: *Parties and Elections in Greece. The Search for Legitimacy*, London 1987.
- Kramer, Heinz: Der türkische EG-Beitrittsantrag und der „griechische Faktor“, in: *Europa-Archiv*, 21 (1987), S. 605–614.
- Mango, Andrew: *Greece and Turkey: unfriendly allies*, in: *The World Today*, 8/9 (Aug./Sept. 1987), S. 144–147.
- Shinn, Rinn S. (ed.): *Greece – a country study*. Washington D. C. 1986.
- Tsonis, Ioannis G.: *Die griechischen Parteien und die Europäische Gemeinschaft. Die parteipolitische Auseinandersetzung um die EG-Politik Griechenlands 1974–1984: Verhaltensmuster, Tendenzen, Divergenzen*. München 1987.